

Libyen schiebt Flüchtlinge ab und die Europäische Union kooperiert



Judith Gleitze

Seit nunmehr knapp zwei Jahren befinden sich etwa 600 Eritreer in dem libyschen Haftlager Misratha. Unter ihnen sind mehr als 100 Frauen und 50 Kinder. Sie wurden bei Razzien in Tripolis oder bei der Einschiffung nach Italien von den libyschen Behörden verhaftet. Nach Angaben des UNHCR hatten 114 von ihnen bereits einen Flüchtlingsstatus im Sudan und in Äthiopien erhalten.

Im November 2007 entschied sich die italienische Regierung, 40 der in Misratha inhaftierten Eritreer aufzunehmen. Das ist das erste »Resettlement« Italiens seit der Aufnahme chilenischer Flüchtlinge 1973. Letztlich ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein, denn die Lage der Flüchtlinge und Migranten in Libyen spitzt sich zu: Ende 2007 wurden 763 Marokkaner inhaftiert und unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Malische Staatsangehörige, die in Libyen gearbeitet haben, werden per Charterflug abgeschoben. Insgesamt 60.000 Migranten sollen im vergangenen Jahr in libyschen Lagern inhaftiert gewesen sein.

Im Januar 2008 ließ Libyens Regierung schließlich verlauten: Alle Migranten ohne Papiere sollen das Land verlassen. Die Zahlen schwanken zwischen einer und zwei Millionen Menschen. Viele von ihnen sind Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia, Äthiopien, Sudan (Darfur). Sie sind

vor Krieg und Misshandlung geflohen. Einzig Vertreter des UNHCR hatten nach langen Verhandlungen die Möglichkeit, mit einigen Flüchtlingen im Lager von Misratha zu sprechen. Erreichen konnten sie für die Betroffenen indes nichts. Glaubwürdigen Quellen zufolge sollen auch die dort verbliebenen Eritreer bald abgeschoben werden. Ein deutliches Anzeichen dafür sei, dass libysche Polizisten die Inhaftierten Anfang Februar zwangen, Papiere für ihre Abschiebung zu unterzeichnen, die dann der eritreischen Botschaft in Tripolis übergeben werden sollen.

WIRTSCHAFTSHILFE GEGEN GRENZABSCHOTTUNG

Es ist nicht die erste Welle von Ausweisungen illegal in Libyen lebender Ausländer, doch vermehrt sind auch Schutzberechtigte davon betroffen. Die Europäische Union jedoch setzt auf Kooperation mit dem Land, das sich um Flüchtlingschutz offenkundig nicht schert: Auf eine kleine Anfrage des italienischen Europaparlamentariers Giusto Catania an die Europäische Kommission, was denn die EU gegen diese Missstände in Libyen zu tun gedenke, antwortete die europäische Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, dass man gemeinsam mit dem UNHCR die Situation eruei-

ren und Libyen dazu bewegen wolle, endlich ein Asylverfahren einzuführen.

Entsprechende Kooperationsprogramme seien auf dem Weg. Im Gegenzug für wirtschaftliches Entgegenkommen will die EU Libyen »helfen«, die Südgrenze gegen Migranten abzuschirmen.

Italien schloss Ende Dezember 2007 ein Abkommen gegen die illegale Einwanderung mit dem Gaddafi-Regime. Künftig stellt Italien sechs Boote für gemeinsame Patrouillen an der libyschen Küste zur Verfügung. Die italienisch-libyschen Besatzungen sollen sowohl in libyschen wie in internationalen Gewässern mögliche Routen von Flüchtlingsbooten kontrollieren. Auch sollen die Patrouillen vor Buchten und Häfen kreuzen, um die Boote am Ablegen zu hindern. Damit könnten – so die italienische Regierung – »Menschenleben gerettet und Schleuserbanden zerschlagen« werden.

Auch Malta hat Anfang 2008 ein Abkommen mit Libyen geschlossen. Hier geht es vor allem um Verantwortlichkeiten in der Seenotrettung. Wenn sich – wie darin vorgesehen – Libyen verpflichtet, Menschen auf See abzufangen, kann man sich wohl darauf verlassen, diese in Lagern wie Misratha wiederzufinden, wo sie ohne jegliche Chance auf Schutzgewährung auf ihre Abschiebung in Länder wie Eritrea und den Sudan warten. ■